



## GEMEINDEAMT 9423 ST.GEORGEN IM LAVANTTAL

Dorfplatz 10  
9423 St.Georgen im Lav.

Tel. 04357/2133  
Fax: 04357/2133-9

Bezirk  
Wolfsberg

e-mail: st-georgen-lavanttal@ktn.gde.at

Zahl: 811-6/2016

### VERORDNUNG

des Gemeinderates der Gemeinde St.Georgen im Lavanttal, vom 22.12.2016,  
Zahl: 811-6/2016, mit der Kanalgebühren ausgeschrieben werden

Gemäß § 13 der Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung – K-AGO, LGBl. Nr. 66/1998, zuletzt geändert durch LGBl.Nr.3/2015 und §§ 24 und 25 des Kärntner Gemeindekanalisationsgesetzes – K-GKG, LGBl.Nr. 62/1999 zuletzt geändert durch LGBl.Nr. 85/2013, wird verordnet:

#### § 1

##### Ausschreibung

Für die Bereitstellung und Benützung der Kanalisationsanlage St.Georgen im Lavanttal wird eine Kanalgebühr ausgeschrieben. Die Kanalgebühr wird als Bereitstellungs- und als Benützungsgebühr ausgeschrieben.

#### § 2

##### Gegenstand der Abgabe

Für die Bereitstellung und für die Möglichkeit der Benützung der Kanalisationsanlage ist eine Bereitstellungsgebühr, für die tatsächliche Inanspruchnahme der Kanalisationsanlage eine Benützungsgebühr, zu entrichten.

#### § 3

##### Bereitstellungsgebühr

1. Die Bereitstellungsgebühr ist für jene Gebäude und befestigten Flächen zu entrichten, für die die Gemeindekanalisationsanlage bereitgestellt wird (Möglichkeit der Benützung). Für diese Gebäude und befestigten Flächen muss die Anschlusspflicht ausgesprochen oder ein Anschlussrecht eingeräumt sein.
2. Die Höhe der Bereitstellungsgebühr ergibt sich aus der Vervielfachung der Summe der Bewertungseinheiten (Anlage zum Kärntner Gemeindekanalisationsgesetz) für das Gebäude oder die befestigte Fläche mit dem jeweiligen Gebührensatz.
3. Die Bereitstellungsgebühr beträgt für jedes Gebäude und für jede befestigte Fläche pro Bewertungseinheit € 40.--(inkl. 10 % MWSt.).

#### § 4

##### Benützungsgebühr

1. Die Höhe der Kanalbenützungsgebühr ergibt sich aus der Vervielfachung des mittels Wasserzählers ermittelten Wasserverbrauches eines Jahres in Kubikmeter mit dem Gebührensatz.
2. Der Gebührensatz beträgt € 0,45 (inkl. 10 % MWSt.).

3. Wird als Berechnungsgrundlage für die Kanalbenützungsgebühr der Wasserverbrauch herangezogen, sind auf Antrag des Gebührenpflichtigen verbrauchte Wassermengen, die im Rahmen der bestehenden Gesetze nicht in die öffentliche Kanalisation eingebracht werden, bei der Berechnung der Benützungsgebühr in Abzug zu bringen. Die Gemeinde hat, soweit ein Nachweis auf andere Weise nicht erbracht wird, den Nachweis an den Einbau und den Betrieb einer geeigneten Messanlage zur Feststellung der Abwassermenge zu binden.
4. Kann der Wasserverbrauch nicht mittels Wasserzähler ermittelt oder berechnet werden, so ist für die Gebührenberechnung der durchschnittliche ortsübliche Wasserverbrauch heranzuziehen oder der Wasserverbrauch zu schätzen. Dabei sind alle Umstände zu berücksichtigen, die für die Schätzung von Bedeutung sind.

## § 5

### Abgabenschuldner

1. Zur Entrichtung der Kanalgebühr (Bereitstellungs- und Benützungsgebühr) sind die Eigentümer der an die Gemeindekanalisationsanlage angeschlossenen Gebäude oder der befestigten Flächen verpflichtet.
2. Bei Vermietung oder Verpachtung des gesamten an die Gemeindekanalisationsanlage angeschlossenen Gebäudes oder der befestigten Flächen an einen Bestandsnehmer ist dieser zur Entrichtung der Gebühr verpflichtet. Der Liegenschaftseigentümer haftet für die Entrichtung der Gebühr mit dem Bestandsnehmer zur ungeteilten Hand.

## § 6

### Festsetzung der Abgabe

1. Die Bereitstellungs- und Benützungsgebühr sind jährlich mittels Abgabenbescheid festzusetzen.
2. Die Bereitstellungsgebühr wird in vier gleichen Teilbeträgen vierteljährlich, mit Fälligkeit 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember vorgeschrieben.
3. Die Benützungsgebühr wird aufgrund der Wasserverbrauchsabrechnung des Vorjahres in vier gleichen Teilbeträgen vierteljährlich, mit Fälligkeit 15. März, 15. September und 15. Dezember vorgeschrieben, wobei mit der Festsetzung Dezember die Endabrechnung der vorläufig festgesetzten Benützungsgebühr endgültig erfolgt und die vierteljährlich geleisteten Teilzahlungen angerechnet und in Abzug gebracht werden.

## § 7

### Inkrafttreten

1. Diese Verordnung tritt mit 01.01.2017 in Kraft.
2. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Gemeinderates vom 18.12.2009, Zahl: 811-6/2009 außer Kraft.



9423 St. Georgen, am 22.12.2016

Der Bürgermeister:

Karl Markut

Angeschlagen am 23.12.2016  
Abgenommen am